



URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/klima/Wachstum-Nachhaltigkeit-Klimaschutz-Klima;art1118,2820860>

Klimakrise

"Wachstum hat religiösen Charakter"

Um die Klimakrise zu bewältigen, muss es Grenzen geben: Eine Debatte über die kulturellen Folgen der Erderwärmung.



Wachstum braucht Strom. Die Kraftwerke aber schaden dem Klima.

Foto: ZB

Von Dagmar Dehmer, Essen
12.6.2009 0:00 Uhr

Claus Leggewie ist sich sicher: Es gibt ein gutes Leben in einer Welt ohne Wirtschaftswachstum. Auf Einladung des Leiters des Kulturwissenschaftlichen Instituts der Universität Essen haben sich drei Tage lang (und zum ersten Mal) Klima- und Geisteswissenschaftler beim Kongress „The great transformation. Klimawandel ist kultureller Wandel“ über die Folgen des Klimawandels für die Gesellschaft auseinandergesetzt. Nahezu alle waren sich einig, dass die Klimakrise nur zu lösen sei, wenn die Weltwirtschaft in Zukunft nicht mehr wachse – bis auf die Präsidentenberater aus den USA.

Gut 30 Jahre nach dem Bericht des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“ ist diese Wahrheit zumindest bei den Forschern angekommen. Allerdings käme kein deutscher Politiker auch nur auf die Idee, ein Ende des Wachstums zu fordern. Der

Essener Psychologieprofessor Harald Welzer stellte fest: „Wachstum hat religiösen Charakter.“ Der kanadische Professor Thomas Homer-Dixon von der Universität Waterloo weiß auch warum: Die „kulturelle Wahrheit“ des Westens sei, dass Wachstum gleichbedeutend sei mit „Wohlstand, Freiheit, Glück und Frieden“.

Der Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Hans-Joachim Schellnhuber, wies darauf hin, dass die ganze Welt bis 2050 nur noch über ein Budget von 700 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO₂) verfügt. Wird diese Grenze überschritten, lässt sich die globale Erwärmung nicht mehr auf zwei Grad im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung begrenzen, und die Folgen lassen sich nicht mehr bewältigen. Für Homer-Dixon kann es deshalb nur eine Lösung geben: eine robuste, insgesamt aber nicht mehr wachsende Weltwirtschaft. Wolfgang Sachs, Hauptautor der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vom Wuppertal-Institut, fasste diese Erkenntnis in die Formel: „Eine Politik des Wohlbefindens muss die Politik des Wachstums ablösen.“

Der Chefökonom des PIK, Ottmar Edenhofer, wies allerdings darauf hin, wie schwer dieser Weg werden wird. „Die westlichen Gesellschaften haben es nicht gelernt, ihre sozialen Konflikte ohne Wachstum zu lösen.“ Schwellenländer wie China brauchten mehr Wachstum aus genau diesem Grund. Für arme Staaten sei es jedoch eine „unmoralische Forderung“, auf Wachstum zu verzichten, sagte Edenhofer.

Für John Podesta, Chef des amerikanischen Thinktanks Center for American Progress, ist eine Welt ohne Wachstum unvorstellbar. Der Berater von

US-Präsident Barack Obama betonte, dass der Weg zur kohlenstoffarmen Wirtschaft der Weg aus der Wirtschafts- beziehungsweise Wachstumskrise sei. „Wir müssen die Chancen betonen“, sagte er. Podesta beschrieb die amerikanische Haltung zur Klimakrise so: „Wir glauben, wir können uns aus ihr heraus erfinden.“ Das hält Anthony Giddens („Der dritte Weg“) für unmöglich. „Unsere Zivilisation ist nicht nachhaltig“, stellte er fest. „Es muss Änderungen im Lebensstil und im Konsum geben. Das ist unvermeidlich.“

Als Rezept, um den Stillstand in den internationalen Klimaverhandlungen zu überwinden, empfiehlt Hans-Joachim Schellnhuber eine „Kohlenstoffabrüstung“. Die Verhandlungen, die im Dezember in Kopenhagen zu einem weltweiten Klimaschutzabkommen führen sollen, steckten in einem „Gefangenen-Dilemma“. Wie im Kalten Krieg, als sich Ost und West mit der Atombombe als Mittel zur „sicheren Vernichtung“ gegenüber saßen, saßen sich nun die USA und China gegenüber. Weiter sagte er: „Nur heute haben alle die Bombe, die Bombe heißt CO₂.“ Mit dem EU-Angebot, die Emissionen auch ohne Gegenleistungen bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, ist ein erster Schritt zur Abrüstung zwar gemacht. Doch das war offensichtlich nicht genug.

Dabei hat sich nach Aussage von Urban Rid, der seit 1995 für Deutschland Klimaverhandlungen führt, mit der Rückkehr der USA an den Verhandlungstisch eine Menge verändert. Doch trotz aller positiven Zeichen zweifelten die Schwellenländer an der Glaubwürdigkeit der Industriestaaten. Für die Schwellenländer sei es unverzichtbar, dass die Industrieländer nicht nur ambitionierte langfristige Klimaziele akzeptieren, sondern auch ehrgeizige mittelfristige Ziele übernehmen. Nur dann seien sie bereit, über eigene Beiträge zu verhandeln, sagte Rid. Er verlangte, die USA und China sollten auch über den wichtigsten Stolperstein offen reden, ihre wirtschaftliche und strategische Rivalität.

John Podesta und William Antholis, Chef des einflussreichen Thinktanks Brookings-Institution, erläuterten, dass China und die USA inzwischen auch an einem bilateralen Abkommen arbeiten, bei dem es um Energieeffizienz und erneuerbare Energien gehen soll. Allerdings wiesen beide auch darauf hin, dass es zwar in den USA inzwischen eine Klimapolitik gebe, dass aber der Senat nach wie vor nicht bereit sei, ein internationales bindendes Abkommen zum Klimaschutz zu akzeptieren. Antholis sagte, im Gegensatz zu den Europäern sähen die Amerikaner darin einen Angriff auf ihre Nationalstaatlichkeit. Und das gelte nicht nur für die USA.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 12.06.2009)